

# SYSTEMRELEVANT 171

**Christina Schildmann, die Leiterin unserer Forschungsförderung und IMK-Direktor Sebastian Dullien berichten von ihrer Studienreise in die USA und den Erkenntnissen zum Inflation Reduction Act, die sie dabei gesammelt haben.**

**Marco Herack:**

Heute ist Donnerstag, der 7. Dezember 2023. Willkommen zur 171. Ausgabe von Systemrelevant. Christina Schildmann. Ich grüße Dich.

**Christina Schildmann:**

Ich grüße Dich, Marco.

**Marco Herack:**

Du leitest die Forschungsförderung in der Hans Böckler Stiftung und Sebastian Dullien. Hallo.

**Sebastian Dullien:**

Hallo, Marco.

**Marco Herack:**

Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans Böckler Stiftung.

Und an euch vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns beispielsweise auf X, dem ehemaligen Twitter, antickern. @boeckler\_de ist da das ‚Handel‘ oder auch per E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Also Hinweise, Korrekturen, Anregungen und Unmut bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über eine / eure Reise in die USA unterhalten. Keine Sorge, wir sind kein Reisepodcast geworden, aber es handelte sich um eine Studienreise. Also eine Reise aus professionellen Gründen. Und was war denn der Anlass eurer Neugierde, nun ausgerechnet in die USA zu reisen?

**Sebastian Dullien:**

Wir hatten, oder wir haben ja seit etwas mehr als einem Jahr eine Diskussion um Industriepolitik in Deutschland. Und die ist ausgelöst worden, unter anderem, von dem sogenannten Inflation Reduction Act in den USA, der da verabschiedet worden ist und der bestimmte Industrien relativ deutlich subventioniert und das zum Teil auch so macht, dass das den Regeln der Welthandelsorganisation zuwider läuft und zum Nachteil ist von Industrien in Deutschland und Europa.

Und in diesem Zusammenhang gab es auch bei Unternehmenskreisen der Politik eine ganz große Diskussion, wo gesagt wurde, in den USA ist das jetzt alles so toll, und der Standort Europa kann eigentlich nicht mehr mithalten und ganz besonders Deutschland nicht mehr. Und wir haben dann gesagt: Also eigentlich müsste man sich das mal richtig angucken und sind dann eben auf die Idee gekommen, eine Reise zu organisieren, wo wir ja hohe Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter mitnehmen wollten, wo wir ein paar Leute von der Hans Böckler Stiftung, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, mitnehmen wollten. Und wo wir eben auch ein paar Politikerinnen und Politiker mitnehmen wollten. Und da haben wir eine kleine Gruppe in Kooperation mit der Friedrich Ebert Stiftung zusammengestellt und dann eben diese Reise organisiert.

**Christina Schildmann:**

Genau. Und es hat uns auch noch mal besonders interessiert, vor Ort zu sehen, wie diese ganzen forschungsnahen Think Tanks funktionieren. Was die für eine Rolle gespielt haben bei der Neukonzipierung der Industriepolitik. Da haben wir einiges an Erkenntnisinteresse mitgebracht.

**Marco Herack:**

Wenn wir sagen Inflation Reduction Act, dann meinen wir das in dem Überbegriff ‚Bidenomics‘. Das hat sich irgendwann mal vor ein paar Jahren eingefressen, sage ich mal, in die öffentlichen Debatten, dass die Staatschefs immer mit der jeweiligen ökonomischen oder wirtschaftlichen Ausrichtung eines Staates verknüpft werden. Modi hatte da seine Zeit. In Japan gab es da auch mal ein paar Sperenzchen usw.. Jetzt sind wir bei Biden da auch angekommen. Was genau meint denn das, wenn man es versucht in seiner politischen Umsetzung oder Ausrichtung zu formulieren?

**Sebastian Dullien:**

Zunächst einmal eine kleine Anekdote dazu Bidenomics ist offensichtlich ein Begriff, der von den Republikanern, also von der Opposition, in die Debatte gebracht worden ist, um dieses Paket zu diskreditieren. Und die Demokraten haben es dann aufgenommen und eben die Dinge, die sie da machen wollten und gemacht haben, unter diesen Überbegriff Bidenomics zu packen.

Und unter Bidenomics versteht man im Grunde drei große Gesetzespakete aus den USA. Seit der Wahl von Joe Biden zum Präsidenten. Einen Teil der Dinge waren auch eben schon in seinem Wahlprogramm drin. Und das sind der Infrastructure Investment Jobs Act, der massiv in Infrastruktur, allgemeine Infrastruktur investiert. Dann der sogenannte Chips and Science Act, der Halbleiterproduktion, unter anderem hauptsächlich subventioniert und dann dieser Inflation Reduction Act, Ira oder IRA genannt, in den USA. Der jetzt ganz viel Subventionen in dem Bereich der Dekarbonisierung anstößt. Und insgesamt hat das ein ziemlich großes Volumen. Man hat,

das man ein bisschen schwierig, das zusammenzurechnen, weil da zum Teil auch Steuerermäßigungen drin sind, wo man nicht weiß, wie viel das eigentlich kosten wird am Ende. Wenn man einfach sagt, jeder, der meinetwegen ein Kilo Wasserstoff produziert, kriegt so und so viel Dollar dafür. Dann weiß man natürlich noch nicht, wie viel Wasserstoff produziert wird. Aber insgesamt haben unsere Partner gesagt, man müsse da von mehr als 2000 Milliarden US Dollar, also ‚two Trillion US Dollars‘, ausgehen.

**Marco Herack:**

Also 2 Billionen US-Dollar (in deutsch).

**Sebastian Dullien:**

Das Ganze hat zum Ziel, und das ist uns auch immer wieder gesagt worden, die amerikanische Wirtschaft zu modernisieren. Wenn man da ist, merkt man das auch. Die Infrastruktur ist nicht überall gut da. Die haben da zum Teil ähnliche Probleme wie wir. Also die Wirtschaft zu modernisieren, gute Industriearbeitsplätze im Land zu schaffen oder zu halten, geschlossene Wertschöpfungsketten für strategisch wichtige Produkte im Land zu schaffen. Da haben wir das Problem, dass sie zum Teil sehr stark von China abhängig sind und gleichzeitig die Wirtschaft zu dekarbonisieren.

**Christina Schildmann:**

In den Bidenomics stecken ja so mehrere strategische Wendungen drin, die wir gelernt haben im Rahmen unserer Reise, die ganz interessant sind. Die ich mal kurz beschreiben möchte. Zum einen: Du hast ja gesagt, Marco, Bidenomics als Titel scheint ja das Gegenstück zu Reaganomics zu sein. Und diese Biden-Administrationen spricht deswegen in den Papern, die sie da rausgeben, auch ständig von trickle up statt trickle down. Also die Botschaft ist, dass dieses trickle down nicht funktioniert hat. Die Idee, dass Steuersenkungen für Unternehmen zu Wohlstand für alle führen, dass man sich davon verabschiedet hat und stattdessen eben trickle up. Man investiert direkt in die regionale Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Und daraus erwächst dann eben die ökonomische Prosperität. Das ist der Shift, der in der Industriepolitik beschrieben wird.

Und da sind noch zwei andere strategische oder auch rhetorische Wenden drin, die ich spannend fand und die uns so mehrere Think Tanks da erklärt haben. Zum einen dieser Strategic Shift, dass man anders über Klimafragen geredet hat als vorher. Also nicht irgendwie eine Klimakatastrophe aufgemalt hat und gewarnt hat, sondern dass man vielmehr den Nutzen der Klimapolitik für die arbeitende Bevölkerung beschrieben hat, um eben die öffentliche Unterstützung für Klimafragen zu oder für Klimapolitik, für ambitionierte Klimapolitik zu gewinnen.

**Marco Herack:**

Es schafft Arbeitsplätze.

**Christina Schildmann:**

Es schafft Arbeitsplätze, und zwar gute Arbeitsplätze, und zwar gute Arbeitsplätze im Inland. Und damit wollte man natürlich auch die Arbeiterschaftswähler zurückgewinnen, die alle an Trump verloren gegangen sind. Der eine Shift, in der Rhetorik und im Denken und der andere, das haben uns die Leute vom Center for American Progress erklärt, dass man das Thema Investitionen langfristig auf die Tagesordnung setzt und mit guter Arbeit verknüpft. Also die Bedingung: Wer Staatsgeld bekommt, muss gute Arbeit schaffen. Dass man das verbindet. ‚Labour strings attached‘ haben die das genannt.

**Marco Herack:**

Sebastian, jetzt nennt sich das ganze ‚Inflation Reduction Act‘.

**Christina Schildmann:**

Ein trojanisches Pferd.

**Sebastian Dullien:**

Was tatsächlich eher ein trojanisches Pferd ist. Und da sind so einige Sachen drin, die mir vorher nicht ganz so bewusst waren, warum die so gestaltet worden sind. Also vielleicht: Der Inflation Reduction Act tut kurzfristig sehr wenig zur Inflation. Man kann jetzt argumentieren, dass es langfristig dazu beiträgt, weil wenn ich jetzt erneuerbare Energien günstiger mache, dann fallen langfristig auch die Energiepreise und das dämpft dann die Inflation. Aber das ist natürlich nicht etwas, was dieses oder nächstes Jahr die Inflation senkt, sondern vielleicht bestenfalls danach. Und es gibt tatsächlich Studien, die sagen, dass die Strompreise in den USA ein Stück günstiger werden durch diesen Inflation Reduction Act. Man hat das eher benutzt, weil Inflation das große Thema in den USA ist, was auch das Problem für Biden und seine Regierung ist. Denn die Menschen, obwohl es eigentlich nach allen Wirtschaftsdaten den Menschen in den USA zurzeit wirtschaftlich recht gut geht, fühlen die das nicht so. Nehmen es nicht so wahr. Also wir haben steigende Löhne. Wir haben ein ganz gutes Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosigkeit, Kinderarmut ist so niedrig wie nie. Und gleichzeitig ist eben diese Inflation ein großes Problem. Und das hat ein bisschen damit zu tun, dass die Menschen offensichtlich zum Teil die Lohnerhöhungen den eigenen Leistungen zuschreiben. Und für die Inflation ist jemand anders zuständig oder verantwortlich. Und darum sind so viele da auch unzufrieden, trotz der guten Lage.

Dieser Begriff des Inflation Reduction Acts probiert natürlich das zu bedienen und da zu helfen. Es sind auch so ein paar andere Sachen, die wirklich spannend sind. Also der Inflation Reduction Act arbeitet ganz viel mit Subventionen und mit

Steuerermäßigungen. Und das hat damit zu tun, dass man solche Budgetgesetze durch den US-Kongress bekommen kann, ohne eben diese 60 Stimmen Supermehrheit im Senat haben zu müssen. Weil ein Haushalt muss verabschiedet werden und alles, was mit Finanzen zu tun hat, kann deshalb von dem Repräsentantenhaus eingebracht werden und dann in einem Vermittlungsverfahren umgesetzt werden.

Und das haben Sie bei dem IRA ja auch genauso gemacht. Das begründet auch, warum da nicht irgendwelche Dinge wie Gebäudestandards oder sowas drin sind und auch nicht drin sein können, weil man es dann eben nicht hätte auf diesem Weg verabschieden können. Also das ist wahrscheinlich die Art von Klimaschutzpolitik, die man realistisch derzeit und absehbar in den USA überhaupt auch nur machen kann.

**Christina Schildmann:**

Und das ist ja noch was anderes. Das haben wir auch immer wieder gehört. Es ist eigentlich ein Programm, ein riesiges Programm, um mit China mitzuhalten. Also ganz viele haben uns gesagt, eigentlich geht es nur um China. Das ist überparteilicher Konsens. Da der Inflation Reduction Act ist die Reaktion auf ‚Made in China 2025‘. Also den Plan den die chinesische Regierung im Jahr 2015 geschmiedet hat, dass man die Wertschöpfungsketten geschlossen nach China holt und eben das ökonomische Dasein als verlängerte Werkbank der Welt beendet. Und um mit China mithalten zu können und diesem ‚Made in China 2025‘ etwas entgegenzusetzen. Auch dafür ist dieser Ira gemacht. Also, wenn wir in Deutschland klagen, dass dieser Ira ein feindlicher Akt gegenüber unserer Wirtschaft ist, dann kann man nur sagen: Wir sind betroffen, aber wir sind nicht gemeint.

**Marco Herack:**

Also wir sind der Kollateralschaden.

**Sebastian Dullien:**

Genau. Wir sind eigentlich zu unwichtig, das kam auch immer wieder rüber, als dass man sich da allzu große Gedanken in Washington drüber gemacht hätte.

**Marco Herack:**

Ja, was aber, da wir ein nicht unwesentlicher Verbündeter der USA sind, ja dann doch etwas arg lax in der Denkweise ist.

**Christina Schildmann:**

Das stimmt. Aber da geht es gerade echt um andere Dinge. Das haben wir auch gelernt. Und der interessante Punkt ist ja auch, dass man diese, ich glaube das hatte Sebastian gerade auch schon angedeutet, dass der Inflation Reduction Act eine Art erweiterte Sicherheitspolitik ist. Also eine Idee, dass Sicherheitspolitik nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch definiert wird, und zwar mit Blick auf resiliente

Wertschöpfungsketten definiert wird. Und wir haben versucht rauszuhören, wie diese protektionistische Wende in den USA dort eigentlich bewertet wird und wie überparteilich Konsens sie ist, und haben gelernt, dass sie definitiv überparteilich Konsens ist.

Da halten zwar noch so ein paar Thinktanks dagegen, die aber nicht gerade auf dem Zenit ihres Einflusses im Moment sind. Aber die meisten gehen davon aus, dass diese protektionistische Wende nicht in Frage gestellt wird. Also die Handelshürden, die Trump ja hochgezogen hat, dass die von Biden nicht wieder abgesenkt worden sind und dass die, wir reden ja gleich vielleicht noch mal über diese local content clauses, dass die auch Konsens gewesen sind, also eigentlich da keine Veränderung zu erwarten ist.

Und wir haben auch gehört in den Gesprächen immer wieder, dass Freihandel für viele, insbesondere Arbeiter, für viele Wähler, ein schmutziges Wort geworden ist und sie Freihandel sofort verbinden mit Arbeitsplatzverlusten in der inländischen Wirtschaft, mit schlechten Arbeitsbedingungen. Dass das ein so emotional aufgeladenes Thema ist, dass man eigentlich gar nicht wieder davon runter kann.

**Marco Herack:**

Gut, das könnte man für Europa vielleicht auch in der einen oder anderen Form sagen, dass das jetzt kein Wort ist, was hier große Freude auslöst.

**Sebastian Dullien:**

Ich glaube, es ist noch ein Unterschied. Also du hast recht, dass das in Deutschland hier anders gesehen wird. Aber wenn ich mir hier zum Beispiel den Unternehmenssektor angucke, der würde immer noch sich für Freihandel aussprechen. Und auch wenn ich die Diskussion sehe über das EU-Mercosur Freihandelsabkommen, da sind sehr, sehr starke Stimmen dafür. Was uns in den USA gespiegelt wurde, ist, dass auch die Unternehmensverbände im Moment keine Lobby mehr machen für Freihandel.

**Christina Schildmann:**

Ja, und das ist tatsächlich wirklich ein Thema ist, was die Menschen in ihrem privaten Nahraum beschäftigt. Das hat uns einen Wahlkampfberater aus Pittsburgh beim Dinner erklärt, dass er in die Kneipe gehen kann. Da sitzen dann ein paar Arbeiter, und die diskutieren an der Bar über Freihandel, und da ist die WTO der Feind. Also, das ist wirklich ein Thema, das mobilisiert. Und das ist, glaube ich, in Deutschland nicht auf diese Weise im Moment der Fall.

**Marco Herack:**

Bei beiden Parteien.

**Christina Schildmann:**

Bei beiden Parteien im Grunde, wenn es darum geht, der Kampf um die die Wähler ohne Collegeabschluss, um die geht es ganz oft in diesen Debatten. Dann ist das egal, ob die jetzt eher zu den Demokraten tendieren oder zu den Republikanern. Die sind ja umkämpft, für die ist das ein hochemotionales Thema. Und die sagen nicht WTO, aber die meinen Freihandelsabkommen und erwarten von denen nichts Gutes und finden es absolut richtig, dass man da die Hürden hochgezogen hat. Also ‚buy American‘ ist für die totaler Konsens offensichtlich.

**Marco Herack:**

Ich habe jetzt bei WTO auch deswegen nachgefragt, weil das wäre ja so, die europäische Hoffnung, dass die WTO dann in, naja wir wissen, dass das länger dauert, also zwei, drei Jahren frühestens vielleicht mal sagt, na ja, stopp mal so, was ihr da gemacht hat, das ist zum Nachteil der EU, das könnt ihr so nicht tun. Aber das würde eher auf taube Ohren stoßen.

**Christina Schildmann:**

Die Umfragen sprechen auch dagegen. Wir haben im ‚Progressive Policy Institute‘ gehört, die haben Umfragen zitiert, wonach 42 % der Befragten sagen, die Regierung soll eng mit internationalen Verbündeten zusammenarbeiten, und 48 sagen ‚America first‘. Sie haben das übersetzt mit ‚the rest can go to hell‘. Also es findet zumindest keine Mehrheit.

**Marco Herack:**

Das ist ja nicht erfreulich für uns. Das heißt also, Sebastian, wenn ich dann da wieder das wiederum denke, wird Europa da auch eher politische Gegenantworten formulieren müssen?

**Sebastian Dullien:**

Ich denke wahrscheinlich nicht, oder sagen wir so: Irgendwelche Antworten müsste Europa schon formulieren. Aber die Frage ist, ob sie das auf der Ebene der Welthandelsorganisation tun können / sollten / werden. Weil das Ganze hängt ja auch noch ein bisschen daran, dass Europa in der Sicherheitspolitik ziemlich abhängig von den USA ist. Und meine Prognose wäre, dass man über den Ira tendenziell keinen Handelsstreit in der WTO auslösen wird. Nicht in der Situation, wo eigentlich Europa der Ukraine einfach die Waffen nicht liefern kann, die die Ukraine braucht, weil wir die Waffen nicht haben und dass die aus den USA kommen. Ich glaube, das ist ein die da dranhängen jetzt bewusst.

Die Frage ist in Europa: Kann man irgendwas anderes machen? Kann man mit eigenen Programmen dagegenhalten? Kann man probieren, bestimmte Industrien und

Wertschöpfungsketten bei uns zu halten? Aber da ist die Frage, ob Europa und Deutschland überhaupt im Moment politisch dazu in der Lage sind, so was zu definieren und umzusetzen. Vielleicht sprechen wir nachher noch mal drüber. Wir haben ja auch den Haushaltsstreit in Deutschland, den man in den USA wirklich nur noch mit Kopfschütteln verfolgt.

**Marco Herack:**

Aber vielleicht kommen wir vorher zu der Frage, ob das alles denn auch so wirkt, wie es soll, weil das ist ja im Grunde das Entscheidende. Also sorgt es jetzt dafür, dass in den USA plötzlich das große grüne Wunderland entsteht.

**Sebastian Dullien:**

Ja, da muss man sagen, das wissen wir noch nicht. Und das wissen die Amerikaner leider auch noch nicht. Denn wenn man hier in Deutschland mit den Unternehmern spricht, Unternehmern, Unternehmerinnen und Managern, die sagen einem immer: Ja, in USA geht das alles so schnell, da können wir sofort loslegen. Wir wissen, was wir für Subventionen kriegen. Und die Gespräche in den USA, auch mit Wirtschaftsvertretern, sahen jetzt doch anders aus. Da ist gesagt worden: Das dauert eben auch lange, bis eine Anlage gebaut wird und in Betrieb geht. Das dauert eben mal 3 bis 5 Jahre. Und von daher sieht man noch gar nicht so viel von dem Ira. Also der ist ja im Sommer 2022 verabschiedet worden. Aber dadurch, dass es so ein Steuergesetz ist, muss das Finanzministerium an ganz vielen Stellen überhaupt noch mal aufschreiben, wie das überhaupt gemeint ist und wie das ausgestaltet ist und was das konkret bedeutet, was in dem Gesetz drinnen steht. Und davon ist ganz viel noch nicht fertig. Und das heißt, das zieht sich.

**Marco Herack:**

Das ist anderthalb Jahre.

**Sebastian Dullien:**

Ja, also die haben die Sachen noch nicht fertig. Und da gibt es auch noch Verhandlungen drüber usw. Und die Gefahr ist natürlich auch, dass ein neuer Präsident Trump dann auch an diesen Regeln wieder rumschraubt. Deren Hoffnung ist, dass das nicht passiert, weil sie sehr bewusst jetzt gerade die Staaten auch fördern, in denen die Republikaner eigentlich eine Mehrheit haben. Die Wirkung ist noch nicht da und man sieht sie noch nicht vernünftig.

**Christina Schildmann:**



Und man sieht sie auch noch nicht in den Umfragewerten. Das ist ja das, was wir erlebt haben, als wir hingefahren sind. Da gab es gerade eine Umfragenserie, und zwar in diesen Battleground States oder Swing States, wo es ja darum geht, wer gewinnt da. Also die umkämpft sind zwischen Republikanern und Demokraten. Und da lag Biden in vier von fünf Battleground States hinten, was eine gewisse Nervosität an erzeugt hat. Und danach haben wir natürlich auch immer gefragt: Warum ist das so?

Da gab es mehrere Antworten drauf. Eine, die ich gehört habe, ist, dass dieser Ira natürlich auch dazu diene, Arbeitsplätze zu schaffen für Wähler ohne Collegeabschluss oder für Menschen ohne Collegeabschluss. Dass also ganz viele der Arbeitsplätze, die da neu geschaffen werden in diesen grünen Industrien, dass die durchaus eine höhere Qualifikation erfordern. Das ist ein Problem.

Dann ist natürlich auch das Interessante und aber auch ja Gewollte, dass ein Großteil dieser Investitionen in die roten Staaten, also in die republikanischen Staaten, geht. Wo ja ganz besonders im Rust Belt die Industrie runtergegangen ist, die man jetzt wieder hochfahren will. Und da zeigt sich dann ja tatsächlich erst, ob die Rechnung aufgeht, wenn die Dinge wirken. Uns wurde auch gesagt, dass dieser Ira wahn-sinnig kompliziert ist, dass viele ihn auch einfach gar nicht verstehen und auch nicht Biden zuschreiben. Also die Wirtschaft jetzt schon gerade brummt, das sieht man ja. Und dass die wirtschaftliche Erholung anders als in Europa forscher gewesen ist nach Corona, das ist ja etwas, was man durchaus auch in irgendeiner Form mit dem Inflation Reduction Act in Verbindung bringen kann. Aber das wird dann eben nicht als Errungenschaft dieser Biden-Administrationen zwingend gewertet.

### **Sebastian Dullien:**

Weil du gefragt hast, wo man was sieht. Man sieht, der Wirtschaftsbau, der läuft wirklich gut. Also wo Fabrikgebäude usw. gebaut werden. Also das könnte schon ein Anzeichen sein. Und es wird von einigen auch gewertet, dass das diese Pakete, die Programme eben tatsächlich wirken. Aber ganz weiß man es eben erst am Ende.

### **Christina Schildmann:**

Uns hat auch interessiert, wie die Programme für die Gewerkschaften wirken. Also stärken die eigentlich die Gewerkschaften? Das war auch Teil unseres Fragenkatalogs, den wir mitgebracht hatten. Und wir sind ja eine besondere Situation da gekommen, als wir angereist sind. Da lag gerade der ‚Hot Summer‘, der sogenannte ‚Hot Summer of Labour‘, hinter den USA. Eine riesige Streikwelle, die durchs Land gegangen ist. Erst die Schauspieler und Drehbuchschreiber, dann Starbucks, dann die Transport- und Logistikarbeiter, dann der Streik der Automobilarbeitenden.

Alle haben gesagt, die wir gesprochen haben, die Gewerkschaften haben da gerade ein Momentum. Und Biden gilt als erster Pro-Union Präsident, der sich auch ganz

dicht bei den Automobilarbeitern in die Picket Line, also diese Streikpostenkette, eingereiht hat. Wir haben explodierende Zustimmungsraten zu Gewerkschaften dort erlebt. Bei jungen Menschen bis zu 80 %. Wahnsinnig hohe Unterstützung der Streiks aus der Bevölkerung, die vorher auch in Meinungsumfragen abgefragt worden sind, aber dennoch sehr niedriger Organisationsgrad.

Und wir wollten wissen, hilft der Ira, um da höhere Organisationsgrade zu erreichen. Aber dann mussten wir sehr klar sehen, dass in diesem Gesetzeswerk eigentlich kaum etwas steht, was direkt Gewerkschaften stärkt oder ihre Organisationsmacht stärkt. Allerdings indirekt schon. Und das hat auch ein bisschen was damit zu tun. Was passiert da jetzt eigentlich gerade in den Regionen? Dieser Ira entfacht eine extreme, sagen wir mal, Planungs- und Wirtschaftstätigkeit in den Regionen. Und dort können die Gewerkschaften reingehen und da sichtbar sozusagen ihren Platz am Tisch einnehmen und erhoffen sich auf diese Weise dann durch diese Sichtbarkeit eben auch stärkere Organisationsgrade. Das sind eher indirekte Effekte. Nichts Direktes wurde reinverhandelt.

Das hat die Biden-Administration zwar gewollt, ursprünglich. Die haben auch extra so eine Task Force gegründet, wo auch Gewerkschaftler und Thinktanks involviert waren, die einen riesen Vorschlagskatalog gemacht haben: Wie kann man eigentlich die Gewerkschaften direkt stärken? Aber das ist alles nicht mit durchgegangen. Stattdessen gab es dann möglicherweise auch ein bisschen als Abfindung für die Gewerkschaften diese ‚Local Content Clauses‘.

**Marco Herack:**

Das heißt, es ist mehr so generelle Welle, auf denen die Gewerkschaften da schwimmen. Und die muss nicht nachhaltig sein.

**Christina Schildmann:**

Ja, nicht unbedingt. Wenn sie die indirekten Chancen, die in diesem Inflation Reduction Act stecken, gut nutzen, und das tun die teilweise, dann kann das durchaus die Gewerkschaften langfristig stärken. Wir waren in Pittsburgh bei der Stahlarbeitergewerkschaft und die Vertreterinnen da waren alles Frauen, die da uns erklärt haben, wie sie da vor Ort agieren. Die sind durchaus clever und nutzen die Chance und sehen genau, wo was entsteht und wo sie sich mit einbringen können. Das heißt, die Gewerkschaften haben da plötzlich eine Sichtbarkeit und eine Mitsprache, die sie einfach erobern müssen. Also das Gesetz erlaubt es ihnen, aber das Gesetz schafft keine Ansprüche für sie, aber es schafft Gelegenheiten, und die scheint mir, nutzen sie sehr gut im Moment.

**Marco Herack:**

Was dann natürlich auch die Inflation treibt, Sebastian.

### **Sebastian Dullien:**

Das ist ein bisschen so die Frage. Also das war jetzt die andere Erkenntnis, die wir mitgenommen haben. Also es gibt ja noch ein anderes Paket, was unter Biden direkt am Anfang seiner Amtszeit verabschiedet worden ist und was inzwischen oder zeitweise sehr umstritten war. Das ist dieser American Rescue Act. Also der wird unterschiedlich beschrieben. Offiziell heißt der American Rescue Plan Act und zum Teil wird als Recovery Act von den Gesprächspartnern beschrieben. Und das war das große Konjunkturpaket Anfang 2021, mitten in Corona, mit relativ großen Steuer-rückerstattungen an alle Menschen mit irgendeinem Kinderbonus, viel Geld an die Bundesstaaten usw. Und da haben einige gesagt, dass die Inflation so hoch geht, guckt mal, das habt ihr, das war einfach zu groß. Das hat die Nachfrage jetzt so ange-kurbelt, dass das die Inflation auch getrieben hat. Und dann in dem Rahmen sind ja auch die Löhne gestiegen.

Das Interessante, was man jetzt in den USA sieht, ist, dass die Inflation sinkt. Sie sinkt ähnlich stark und schnell, wie hier in Europa. Das deutet natürlich darauf hin, dass es vielleicht gar nicht so übertrieben von diesem Nachfrageschub war, wie das einige zwischendurch gesagt haben. Und dass auch das, was da an Löhnen, an Lohn-steigerung gekommen ist, möglicherweise dafür gesorgt haben, dass die Gewinne wieder etwas schwächer wachsen oder etwas geringer ausfallen. Aber das ist nicht unbedingt nachhaltig zum Inflationstrend gekommen sein muss. Das müssen wir auch abwarten. Aber auch als wir gerade da waren, kamen die Inflationszahlen, die in diese Richtung noch mal gingen. Und einige unserer Gesprächspartner interpre-tieren das eben schon, dass das Paket vielleicht ein bisschen zu groß war, aber doch nicht wahnsinnig zu groß und deshalb auch diese Lohnsteigerungen gesamtwirt-schaftlich nicht so problematisch sind.

### **Marco Herack:**

Dazu kommt ja auch, dass so ein gewisser Fachkräftemangel in den USA da ist, ge-rade wenn wir da so an die Chipindustrie denken. Da sind die Chip-Hersteller ge-zwungen, dann aus Taiwan und China so ein paar Experten rüber zu schicken, um den Leuten überhaupt beizubringen, wie sie Produktionslinien zu bedienen haben und ähnliches. Also das sind ja dann auch Effekte, die in so eine Inflationsrechnung mit reinkommen irgendwann, ab einem gewissen Punkt: Fachkräftemangel und dadurch steigende Löhne.

### **Sebastian Dullien:**

Und Fachkräfte sind ein Thema gewesen, was auch immer wieder wichtig war. Und das ist ein Problem für die USA. Auch bei großen Investitionen in meinetwegen auch Automobilwerken oder Chemiewerken, ist eines der Probleme, dass viele Unterneh-men einen sehr großen Umschlag an Arbeitskräften haben. Die Leute gehen sehr

schnell wieder. Man muss neue einstellen, man muss die neu schulen und es ist sehr teuer. Und in Gesprächen hier aus Deutschland habe ich auch von einigen Unternehmen, großen, auch DAX-Unternehmen erlebt, die gesagt haben, wir sind da ein bisschen zurückhaltend, weil das wird so teuer und so viel teurer als hier in Deutschland. Da bleiben wir vielleicht doch mit der Produktion eher auf dieser Seite des Atlantiks.

### **Christina Schildmann:**

Das lief ja auch so ein bisschen unter der Rubrik: Wir entlarven ein paar Mythen über die USA als Wirtschaftsstandort. Also das Thema Fachkräftemangel war da das eine Thema. Und das Thema ‚billige Strompreise‘ war noch ein anderes Thema. Also sind die Strompreise in den USA wirklich so durchgängig billig oder ist das ein Mythos? Und da haben wir gelernt, die sind eben nicht durchgängig so günstig, sondern eben von Staat zu Staat verschieden. An der Ostküste wurde uns gesagt, höher als in Deutschland. Dann gibt es wiederum Länder, die ganz günstige Industriestrompreise haben, weil sie sie massiv subventionieren. Oder diese Öl- und Gas Staaten, die eben auch noch auf diesen fossilen Energien basierend billige Energie zur Verfügung stellen, aber eben nicht grundsätzlich günstigere Preise. Das war auch noch ‚Aha-Erlebnis‘ für diese Fact Finding Mission-Reisegruppe. Dass wir da in Deutschland durchaus wettbewerbsfähig werden können. Also ‚werden können‘, ist das wichtige Wort. Noch sind wir es nicht.

### **Marco Herack:**

Wie sieht es denn mit der Bürokratie aus? Also Sebastian hat ja vorhin schon mal fallen lassen. Die deutschen Unternehmen sind der Meinung, sie sie würden da sehr schnell wissen, wie die Subventionen sind. Also kommt man da dann unkompliziert an die Gelder ran.

### **Sebastian Dullien:**

Also uns wurde gesagt, wenn man tatsächlich die Förderlinien voll ausschöpfen möchte und die interagieren oftmals in komplexer Art und Weise, dann braucht man eben ein ganzes Heer von Rechtsanwälten. Das wurde dort auch als Problem gesehen, denn das heißt, dass ein mittelständisches Unternehmen, auch ein amerikanisches, mittelständisches Unternehmen, was vielleicht jetzt nicht perfekt geführt ist, möglicherweise gar nicht es schafft, diese ganzen Subventionen zu bekommen.

Überhaupt, diese Bürokratie war dort auch ein Thema, dass es sehr lange dauert Genehmigungen zu kriegen. Es sehr mühselig sein könnte. Es ist gesagt worden, der Unterschied ist im Grunde, dass man in Deutschland, dass die Verwaltung manchmal weniger hilfsbereit ist, wenn irgendwas fehlt. Und in den USA würde dann mal gelegentlich auch einfach gesagt Schwamm drüber, und jetzt machen wir es und ihr kriegt die Genehmigung. Aber dass die Verwaltung dort besonders schnell und gut

funktioniert, das hat eigentlich keiner behauptet, oder gesagt. Also ein Zitat, da erinnere ich mich noch dran. Die meinten ja, es ist halt ein Problem, wenn die Verwaltung noch Windows 95 benutzt. Ich weiß jetzt nicht, ob das stimmt. Das ist einfach jetzt nur...

**Marco Herack:**

Vielleicht war es auch Windows Vista.

**Sebastian Dullien:**

Vielleicht auch das. Ja. Aber das ist ja bekannt. In den USA hat, wie bei uns, Unterinvestitionen im öffentlichen Sektor stattgefunden und irgendwann funktionieren die Sachen dann auch nicht mehr richtig.

**Marco Herack:**

Ein sehr gemischtes Bild, oder? Also es ist jetzt nicht irgendwie so, dass man sagen kann, das ist jetzt so der große Brummer, sondern durchaus durchsetzt mit verschiedenen Problematiken.

**Sebastian Dullien:**

Ja, ja. Also so würde ich das auch sehen. Also es gibt durchaus Herausforderungen, die Deutschland in Europa jetzt dadurch hat. Und es ist ein massiver Paradigmenwechsel in der Art, wie Industriepolitik gemacht wird. Da ist auch gesagt worden, das ist eigentlich eine komplette Wende in der US-Industriepolitik, und man weiß eben noch nicht, was am Ende rauskommt, ob das eine große Geldverschwendung wird oder eben dann doch der Dekarbonisierung und Re-Industrialisierungsschub, den man sich erhofft hat. Von daher ist es sehr groß. Es hat für uns Konsequenzen, aber es ist nicht eindeutig das gelobte Land auf der anderen Seite des Atlantiks und hier ist alles schlecht.

**Christina Schildmann:**

Aber es ist auf jeden Fall ein starkes Signal aus den USA. Wir machen jetzt Klimapolitik, und zwar mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, und stellen uns da an die Spitze. Das ist auf jeden Fall was, was man da rauslesen kann.

**Sebastian Dullien:**

Und eben, wir machen Industriepolitik. Und egal, ob das den anderen wehtut oder nicht. America first und National Security ist das, worum es geht. Und wenn das jetzt den Deutschen und den Europäern weh tut, dann ist es halt leider so, da können wir nichts dran machen.

**Marco Herack:**

Wie sieht es denn mit dem Bereich Forschung aus? Hat man daran auch gedacht? Also, dass

auch neue Technologien dann quasi in den USA mitentwickelt werden können? Oder ist das etwas, was man komplett den Unternehmen überlässt?

**Christina Schildmann:**

Forschung ist ja auch Teil des Ira, da gibt es ja auch Fördergelder für. Was wir uns jetzt an Forschung eher angeguckt haben, ist das, was mit Blick auf ‚welche Effekte hat der Ira eigentlich auf Arbeitsplätze‘ gemacht worden ist. Zum Beispiel waren wir bei der Blue Green Alliance. Das ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaften, gegründet von der Stahlgewerkschaft mit Umweltverbänden, die natürlich auch Lobbyarbeit machen und die Konsensfindung machen in dem Bereich, und die sich zum Ziel gesetzt haben, nachzuweisen, dass die Maßnahmen des Ira, dass daraus viele und gute Arbeitsplätze entstehen. Also die Forschung, die mich jetzt zum Beispiel persönlich interessiert hat, ging eben in diese Richtung und die können nachweisen, dass da eine große Anzahl an Arbeitsplätzen entsteht, was allerdings noch nichts über die Qualität der Arbeitsplätze aussagt. Also das haben Sie sich noch nicht angeschaut, tun das aber demnächst.

**Marco Herack:**

Ja, ich habe halt unter anderem jetzt an so Wasserstoff, blauer- oder grüner Wasserstoff usw. gedacht. Dann haben wir ja noch die diese CO<sub>2</sub>-aus-der-Luft-zieht-Technologien, wenn ich sie mal so umschreiben darf und Ähnliches, was ja jetzt gerade aktuell sehr stark verhandelt wird, was wir definitiv in irgendeiner Form brauchen werden. Mancher wird es dann gar nutzen, um dann noch 50 Jahre weiter Öl zu verbrennen. Das sind aber ja nicht ganz unwesentliche Technologien, auch wenn wir so über den einmal für die Stahlindustrie denken, aber auch für: Es wird einen gewissen Satz an CO<sub>2</sub>-Schaffung wohl immer geben. Und die muss dann irgendwie aus der Luft raus.

**Christina Schildmann:**

Das war für uns auch eine interessante Erkenntnis, als wir in Pittsburgh waren, dass der ganze Wasserstoff-Hochlauf, der da gerade passiert, dass der auf blauem Wasserstoff basiert. Das heißt also Wasserstoff, der auf Gas-Basis produziert wird mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung und deswegen tatsächlich vom Inflation Reduction Act im Moment noch gedeckt ist. Das heißt, man kann Steuergutschriften bekommen, wenn man diese Technologie fördert, obwohl sie, sagen wir mal, umweltpolitisch zweifelhaft ist aus unserer Sicht möglicherweise. Das ist etwas, was aber demnächst noch mal nachverhandelt wird, habe ich verstanden. Von Jason Walsh von der Blue Green Alliance, der sagt, ob das nun am Schluss oder ob das auf Dauer so bleibt, dass dieser blaue Wasserstoff auch mit begünstigt wird, steht noch zur Debatte.

**Sebastian Dullien:**

Ja, wobei man dazu sagen muss, dass wir von anderen gehört haben, dass sie hoffen, dass man die Förderung da noch großzügiger gestalten könnte und die Richtlinie nicht ganz so eng sehen könnte.

**Christina Schildmann:**

Das betrifft auch die privaten Landbesitzer in Pittsburgh und Umgebung, die eben alle auf Fracking-Gas, also auf potenziellen Fracking-Gas, sitzen und die Lizenzen verkaufen können, an die Unternehmen und ein Interesse daran haben, dass das weiterhin möglich ist und nachgefragt wird.

**Marco Herack:**

So viel zum Thema Umwelt. Das hat dann nicht immer was direkt mit: Was vielleicht die Basis für künftige und bessere Umwelttechnologien ist, wenn man es mal versucht, positiv zu sehen. Wir haben jetzt mehrfach noch abschließend vielleicht den Begriff ‚local content requirements‘ erwähnt. Christina, was verbirgt sich denn dahinter?

**Christina Schildmann:**

Das ist eine Bestimmung im Inflation Reduction Act, die besagt, dass wenn man diese Steuergutschriften bekommen will, um zum Beispiel Autos zu bauen oder Wasserstoff zu produzieren, dass ein Teil der Wertschöpfung in den USA stattfinden muss, dass einfach dort Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist das, was eben andere Länder als möglicherweise Angriff auf ihre eigene Wirtschaft oder als feindlichen Akt betrachten könnten. Wir haben versucht, nachzufragen oder rauszufinden, wie stark Konsens diese ‚local content requirements‘ eigentlich waren. Ob sie eher ein Unfall gewesen sind, der sich in dieser Gesetzgebung ereignet hat, oder ein Geschenk an die Trumpisten, dass sie mitgehen konnten, oder ob das auf Basis eines großen Konsens war. Und haben dann gesehen, es ist schon auf Basis eines großen Konsens gewesen. Weil das auch sozusagen das Symbol dafür ist, dass diese Aussage: Klimapolitik schafft gute Arbeitsplätze in Amerika, dass es auch stimmt. Das war das Mittel, um das zu erreichen. Deswegen war auch nicht unser Eindruck, dass man da noch mal drüber diskutieren kann.

**Marco Herack:**

Also das ist diese Kombination, Sebastian. Einerseits die Ermöglichung von Investitionen und damit Schaffung von Arbeitsplätzen und dann aber auch in gezielt oder in Schlüsselindustrien auch sehr klar die Vorgabe, das muss hier passieren. Batterien wäre da so ein Thema. Autobatterien.

**Christina Schildmann:**

Ja gut, sie haben gelernt aus alten Krisen, aus der Finanz und Wirtschaftskrise, wo offensichtlich ein Großteil der Subventionen dann ins Ausland abgewandert ist und/oder dort Arbeitsplätze geschaffen hat. Und das wollte man nicht noch mal riskieren.

**Sebastian Dullien:**

Also ein Beispiel hier ist tatsächlich, du hast die Batterien erwähnt, Marco. Das eben, wenn du die volle Förderung für ein eAuto haben willst, muss die Batterie in den USA hergestellt worden sein. Als Kunde. Das Auto, das du kaufst, muss eben die Batterie aus Nordamerika haben. Also Kanada und Mexiko geht da auch noch. In den Batterien darf auch nur ein bestimmter Anteil von ausländisch produzierten Teilen verbaut sein und dieser Anteil steigt auch noch. Also local content requirements ist sonst sowas, was man schon auch in Entwicklungsländern häufiger hat, was aber übrigens WTO-widrig ist, das ist ausdrücklich verboten von der WTO. Und die Entwicklungsländer haben normalerweise abnehmende local content requirements. Das heißt, du fängst an und sagst, das ist jetzt recht viel, und dann wird es weniger mit der Zeit, wenn man liberalisiert. Und in den USA ist es eben, die sagen, jetzt ist es so und so hoch, und das steigt über die nächsten Jahre, weil sie eben diese geschlossenen Wertschöpfungsketten in den USA haben möchten.

**Christina Schildmann:**

Ja, es ist WTO-widrig, aber es ist clever und es macht vor allen Dingen diesen Inflation Reduction Act Trump-fest. Das haben wir auch gelernt, denn wenn man mal diese Subventionen, an die ganze Wertschöpfungskette stellt. Das heißt, man gibt nicht nur Geld für diejenigen, die das Auto kaufen, sondern man verteilt es so, dass es die ganze Wertschöpfungskette betrifft. Dann hat man in dem Moment, wo ein Trump kommt und das Ganze rückgängig machen will, so viele Veto-Player auf der regionalen Ebene. Unternehmen, die sagen, wir brauchen das aber, dass das möglicherweise nicht mehr zurückzudrehen ist. Und damit hat man es eventuell auf Dauer gestellt. Deswegen gibt es Gründe dafür, es so gemacht zu haben. Wenn ich mal vorsichtig formulieren, okay.

**Marco Herack:**

Das heißt also, ihr wollt es ihnen nicht vorwerfen, aber es ist natürlich nicht so schön für uns und natürlich auch nicht für China. Das hattest du ja vorhin auch schon noch mal erwähnt, dass das natürlich der Hauptblickpunkt in den USA war und nicht so sehr Europa.

**Christina Schildmann:**

Ja, irgendjemand der Gesprächspartner hat gesagt: Naja, diese Bestimmungen in dem Ira, die sind durchaus verhandelbar, aber nicht im Wahljahr, also nicht 2024.



**Sebastian Dullien:**

Vor allem mögen sie verhandelbar sein, aber im Kongress nicht realistisch änderbar. Das muss man auch noch im Kopf behalten.

**Marco Herack:**

Nachdem, was ich jetzt gehört habe, kann ich mir aus verschiedenen Gründen nicht vorstellen, dass man explizit in Deutschland, aber vielleicht auch in Europa jemals so ein Programm sehen würde. Das fängt damit an, dass es in Deutschland natürlich schon jetzt durch das Verfassungsgerichtsurteil es nahezu unmöglich ist, ein Programm aufzulegen, bei dem man nicht weiß, wie viel Steuergelder man braucht. In den Folgejahren.

**Sebastian Dullien:**

Es gibt da mehrere Punkte dran. Also du hast völlig recht. Aber zunächst noch einmal: Wir haben mit einer Reihe von Ökonomen und Ökonomen geredet, die nicht den Ira gut fanden. Und eigentlich haben uns alle gesagt: Naja, der Ira ist nicht schön. Das kann eine große Geldverschwendung sein. Aber Europa kann sich nicht erlauben, jetzt nichts zu machen und danebenzustehen. Und China und die USA machen solche industriepolitischen Megaaktionen und Europa macht nichts, dann verliert Europa die Industrie und ist am Ende gekniffen. So, das ist das erste.

Aber du hast natürlich völlig recht, es fehlt halt. Ich sehe keine Möglichkeit im Moment, dass in Deutschland, in Europa zu machen jetzt auch gerade den Haushaltsstreit, den wir haben, der jetzt massiv alle Programme, die in Richtung Industriepolitik gehen, dass die auf den Prüfstand gestellt werden, weil eben mit dem Schuldenbremsenurteil des Verfassungsgerichts das Geld nicht mehr da ist. Da schütteln die Amerikaner auch wirklich nur noch den Kopf, weil Deutschland hat eine Schuldenquote von knapp 60%. Alle anderen G7 Staaten, also die großen mächtigen Wirtschaftsmächte, haben über 100%. Und die sagen: Ihr spinnt doch. Ihr guckt auf so ein paar Milliarden wegen so einer blöden Schuldenbremse, und ihr verspielt eure Zukunft und ihr verspielt eure Sicherheit. Das kann doch wohl nicht sein.

Ich bin mehrfach gefragt worden: Wie bereitet sich eigentlich Europa darauf vor, dass möglicherweise Donald Trump noch mal gewählt wird und ihr dann vielleicht unabhängiger agieren müsst. Vielleicht auch die Ukraine alleine ausrüsten müsst? Und ja, ich kann nur sagen: Ja, das ist im Moment kein Thema. Wir verhandeln gerade, wie man mit dem Urteil des Verfassungsgerichts umgeht und wo wir jetzt eine kleine zweistellige Milliardenzahl fürs nächste Jahr herbekommen.

**Christina Schildmann:**

Und eigentlich ist es keine Option, es nicht zu machen oder nichts dergleichen zu machen. Interessant fand ich die Aussage eines Gesprächspartners. Das war ein Vertreter der EU in Washington, der uns gesagt hat: Wenn Deutschland oder Europa die Solarindustrie wieder hochfahren will, braucht man so was wie einen Ira. Sonst hat man keine Chance gegen China. Und das ist schwer von der Hand zu weisen.

**Marco Herack:**

Wir haben uns jetzt erst mal ein paar Monate und dann wird man höchstwahrscheinlich nicht allzu viel tun.

**Sebastian Dullien:**

Wenn es ein paar Monate sind, ist es ja gut. Ich fürchte ja eher, dass man jetzt in der Diskussion die wichtigen Dinge aus dem Blick verliert. Also gerade das Gebaren der Opposition finde ich hier schon echt dramatisch. Aber auch die FDP spielt natürlich eine sehr unrühmliche Rolle dabei.

**Marco Herack:**

Ja, Sebastian Dullien, danke für das Gespräch.

**Sebastian Dullien:**

Ja, sehr gerne. Danke für die Moderation, Marco.

**Marco Herack:**

Und dir natürlich auch, Christina. Vielen Dank.

**Christina Schildmann:**

Ich danke Euch.

**Marco Herack:**

Das ist jetzt schon der zweite Podcast, wo ich es mir nicht verkneifen konnte, diesen Abschluss Scherz zu machen. Dennoch möchten wir euch darauf hinweisen: systemrelevant@boeckler.de. Das ist unsere E-Mail-Adresse. Da könnt ihr uns für weitere Gedanken erreichen. Vielleicht auch, wie wir die politischen Köpfe in die richtige Richtung bewegen können. Schreibt es uns gerne. Ihr könnt es auch auf Twitter antickern @boeckler\_de ist das Handle von X dem ehemaligen Twitter. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Ansonsten vielen Dank fürs Zuhören. Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

**Christina Schildmann:**

Tschüss.

**Sebastian Dullien:**

Tschüss.